

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Ersteinst

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 10 Pf. Im
amtlichen Theile die gespaltene
Zeile 25 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Mustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. D a n n e b o h n in Eibenstock.

45. Jahrgang.

Sonntag, den 20. August

1898.

Nr 98.

Kaiser-Wilhelm-Erinnerungs-Medaille betreffend.

Nachdem Seine Majestät der Kaiser dahin Entschliebung getroffen haben, daß diejenigen **Sächsischen Staatsangehörigen**, welche die **Preussische Kriegsdenkmedaille** aus den Jahren **1864 und 1866** besitzen, berechtigt seien, um Verleihung der Kaiser-Wilhelm-Erinnerungs-Medaille nachzusuchen, wird Solches mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Ansprüche unter Vorbringung der nöthigen Unterlagen hier geltend zu machen.
Schwarzenberg, am 16. August 1898.

Königliche Amtshauptmannschaft.

In Vertretung:
Dr. Dietrich, Bezirksassessor.

Zur Palästina-Reise des Kaisers.

Von einem Theile der französischen Presse ist als Zweck der Reise Kaiser Wilhelms nach Palästina ziemlich unerbötlich die Errichtung einer deutschen Schutzherrschaft über die Christen im Orient bezeichnet worden. Die Aufforderung an die nicht zum Deutschen Reiche gehörigen nicht-katholischen Kirchenregierungen hat der öffentlichen Kritik eine weitere Angriffsseite geboten; es verdient aber hervorgehoben zu werden, daß die führenden katholischen Organe Deutschlands diese Einladung sehr ruhig besprachen. Die von englischer Seite gebrachte Mittheilung, der deutsche Kaiser werde vor seiner Orientreise den Jaren aufsuchen, um diesen wegen der vermeintlichen politischen Zwecke dieser Reise zu beruhigen, ist einfach albern. Die Möglichkeit einer Kaiserbegegnung soll nicht bestritten werden, aber die englische Begründung einer solchen ist nicht stichhaltig.

Recht zur Zeit kommt ein Artikel des türkischen Hofblattes „Servet“, das sich gleichfalls mit der Orientreise Kaiser Wilhelms beschäftigt. Das Blatt schreibt:

„In europäischen Blättern ist ein eigenthümlicher Streit darüber entstanden, welche politische Bedeutung die von Kaiser Wilhelm geplante Reise nach den christlichen Städten Palästinas haben könne. Wir dürfen hierzu wohl bemerken, daß Sultan Abdul Hamid, nachdem er von dem Wunsche des deutschen Kaisers, jene Städte zu besichtigen, Kenntniß erhalten, denselben in freundschaftlicher Weise eingeladen hat, die Reise auszuführen. Kaiser Wilhelm erscheint somit in Palästina als der Gast seines Herrschers, welcher durchaus davon überzeugt ist, daß sein kaiserlicher Freund mit dieser Reise keinerlei politische Zwecke verfolgt. Hat doch Kaiser Wilhelm erst kürzlich dadurch, daß er die deutsche Besatzungstruppe von Kreta zurückrief, durch die That bewiesen, daß er, in einem sehr erfreulichen Gegensatz zu manchen anderen Mächten, die Hoheitsrechte des Sultans in gewissenhafter Weise achtet. Es ist daher sehr müßig, wenn einzelne europäische Blätter befürchten, Kaiser Wilhelm erstrebe ein Protektorat über Palästina, oder er wolle angebliche Rechte anderer Staaten in jenem Lande beeinträchtigen. Dagegen belehrt uns dieser Streit darüber, wie werthvoll es für die christlichen Religionen ist, daß Palästina unter dem Jopete des Sultans steht, da sonst die verschiedenen christlichen Staaten und Kirchen sofort die blutigsten Kriege um den Besitz dieses Landes beginnen würden. Sollte dagegen der ganze Streit dadurch entstanden sein, weil man an manchen Stellen mit etwas schnellen Blicken auf das innige Freundschafts-Verhältnis sieht, welches zwischen Kaiser Wilhelm und unserem Herrscher besteht, so möge man bedenken, daß der deutsche Kaiser, obgleich er selbst streng an seinem eigenen Glauben hängt, doch wiederholt dafür den Beweis geliefert hat, daß er auch den heiligen Glauben der Kalifen achtet und ehrt. Dies weiß die mohammedanische Welt mit ihrem Oberhaupt ganz besonders in dem jetzigen Augenblicke zu schätzen, wo man von anderer Seite wegen des unbedeutenden Zwischenfalles von Fergana (gemeint ist der Ueberfall einer russischen Abtheilung durch Mohammedaner in Mittelasien) viele Hunderte von Mohammedanern zum Tode verurtheilt hat, was einen Schrei der Entrüstung unter allen Befennern des Islam hervorrufen mußte.“

Interessant ist auch die folgende Zuschrift, welche der Münchener „Allgem. Ztg.“ aus Jaffa jugend: „Ein Besuch der Erlöserkirche in Jerusalem, zu deren Einweihung Kaiser Wilhelm in der heiligen Stadt einzutreffen gedenkt, zeigte mir zu meiner Ueberbahrung eine außerordentliche Thätigkeit der orthodoxen Griechen auf dem an die Kirche angrenzenden Platz. Ich glaube nicht fehl zu rathen, wenn ich die entwickelte Bauthätigkeit der Furcht zuschreibe, es könnte von deutscher Seite Einsprache erhoben werden. Zu solcher Furcht haben die Griechen alle Ursache, denn sie sind sich recht wohl bewußt, daß sie von dem dem deutschen Kronprinzen seiner Zeit vom Sultan geschenkten Kuristanplatz einen großen Theil — gelinde gesagt — annehmt haben Mangels einer ordentlichen Beaufsichtigung von deutscher Seite. Als der Bau der Erlöserkirche beschlossen und der Platz befestigt wurde, stellte sich diese unangenehme Thatsache heraus, und zwar derart zum Nachtheil der Deutschen, daß, um die Kirche nicht auf die Grenze stellen zu müssen und um einen Zugang zu derselben zu haben, von den orthodoxen Griechen Raum zu einer schmalen Straße erworben und dafür 40,000 Frank bezahlt werden mußten. Also, wohlgeachtet, vom ursprünglich eigenen Plage mußte gekauft und dafür ein enormer Preis bezahlt werden! Dieser gekaufte Streifen dient aber als Straße ebenso gut den Orthodoxen wie den Deutschen. Auf der griechischen Seite dieser nur wenige Meter breiten Straße bauen nun die Orthodoxen Magazine zum Vermietzen, und es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß direct vor dem Eingang der Erlöserkirche recht unpassender Gewerbetrieb,

wie Schnapsverkauf u. A., sich etablirt. Durch schnelles Aufwachen von Baulichkeiten hofft die griechische Geistlichkeit etwaigen Einsprachen vorzubeugen; sie fühlt ihr Unrecht und fürchtet die Energie und die Macht des Kaisers, dem diese Einengung der Kirche gewiß nicht gefallen wird. Zum Glück befindet sich noch ein Eingang auf einer anderen Seite der Kirche, bedauerlich aber bleibt es dennoch, daß durch Nachlässigkeit so werthvolles Terrain verloren gegangen ist.“

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Zur Bildung des Reichsmilitärgerichtshofes versichert die „Allg. Ztg.“, daß es sich jetzt in den Verhandlungen zwischen Preußen und Bayern lediglich darum handle, ob ein bayrischer Senat beim Reichsmilitärgericht oder ein bayrischer Senat in München gebildet werden soll.

— Auf dem Tegeler Schießplatz fand am Mittwoch ein Versuchsschießen mit einem in Aussicht stehenden neuen Infanterie-Gewehr durch Offiziere der Gewehr-Prüfungskommission in Spandau statt. Wie bereits bekannt, soll die Zukunftswaffe der deutschen Armee ein noch geringeres Kaliber haben, als das jetzige Gewehr, Modell 1888, sie soll bei erhöhter Reflex und vermehrter Durchschlagskraft für weitere Entfernungen als jetzt verwendbar sein. So wurden die Proben auf Distanzen von über 200 Meter mit Erfolg ausgeführt.

— Bei den diesjährigen Herbstübungen der deutschen Flotte wird besonderes Gewicht gelegt auf die Angriffe des Geschwaders durch die Torpedobootsflottille. Bei solchen Angriffen werden gegen die Schiffe Torpedos verfeuert werden, die mit leichtgearbeiteten Manövergeschossen versehen sind. Wird eine Schiffswand von einem so eingerichteten Torpedo getroffen, so drückt sich dessen Knapf ein. Der Torpedo wird nachts von den Booten leicht wieder aufgespürt, weil kleine Spigen von Phosphorcalcium, die an ihm angebracht sind, bei der Berührung mit Wasser Dämpfe bilden, die sich an der Luft entzünden und dadurch eine genügende Leuchtwirkung erzielen. Jedes Torpedoboot, das auf ein Schiff zu Schuß gekommen ist, zeigt ein weißes Licht. Der als Unparteiischer an Bord des angegriffenen Schiffes kommandirte Seeoffizier notirt die Zeit, wann das Torpedoboot bemerkt, unter Feuer genommen und beleuchtet ist, sowie wann es den Torpedo abgefeuert hat, und schätzt den Abstand vom Schiffe, auf dem der Torpedo abgeschossen ist. Sobald nämlich ein Torpedoboot, das man für ein feindliches hält, bemerkt wird, wird es von den Schnellladefanonen u. 3, cm Maschinenkanonen, welche letztere bis zu 200 Schuß in der Minute feuern können, unter Feuer genommen und, wenn nicht andere Gründe dagegen sprechen, von den stets zur Verwendung bereiteten elektrischen Scheinwerfern des Schiffes beleuchtet. Schiffe, die im Kriege und auch im Manöver Torpedoangriffe erwarten müssen oder sonst ihren Aufenthalt und Weg geheim halten wollen, zeigen Nachts keine Lichter und haben alle Oeffnungen gegen von innen etwa herausdringendes Licht sorgfältig abgedichtet. Nach einem Torpedo-Angriff im Manöver wird entschieden, ob ein Torpedo, wenn nöthig, der Schiedsrichter, aus den Angaben des Angreifers, des Schiffes und vor Allem des Unparteiischen, ob ein nach dem Besunde des Manövertorpedos konstatirter Treffer dem Torpedoboot als Erfolg anzurechnen ist, oder ob die Annahme richtig ist, daß das Torpedoboot im Ernstfalle schon vorher von der mittleren und leichten Artillerie des Schiffes zusammengeschossen wäre.

— Das Reichs-Versicherungsammt hat bekanntlich, um möglichst zur Verhütung des Eintritts von Invalidität beizutragen, eine statistische Erhebung veranstaltet, welche sich auf die Ursachen der Invalidität bezieht. Die Arbeit wird sich denjenigen anreihen, welche mit Bezug auf die Ursachen der Unfälle für die Jahre 1887 und 1891 schon angefertigt sind. Die Ergebnisse der statistischen Erhebung über die Ursachen der Invalidität sind bereits vor längerer Zeit im Reichs-Versicherungsammt zusammengestellt. Die Drucklegung hat nur wegen des großen Umfangs der Arbeit längere Zeit in Anspruch genommen. Man darf nunmehr aber auf ein baldiges Erscheinen des für die Invaliditäts- und Altersversicherung hochwichtigen Werkes rechnen.

— Die durch die Presse gehende Meldung, die Frage der Reform der Eisenbahn-Personentaxen für das Deutsche Reich solle endgültig in der „Generalkonferenz der deutschen Eisenbahnen“, die Mitte Dezember ds. in Berlin stattfindet, entschieden werden, wird jetzt als grundlos bezeichnet. Die Vorberatungen und Erhebungen, welche diese Angelegenheit notwendig machen, befinden sich noch in einem Stadium, welches jene Annahme in keiner Weise rechtfertigt. Mit dieser Annahme falle auch die weitere, daß die neuen Tarife bereits vom 1. April in Wirksamkeit treten sollen.

— Oesterreich-Ungarn. Zur inneren Lage in Oesterreich-Ungarn wird aus Wien, 16. August, geschrieben: Der Rettungskomitee, an den sich im gegenwärtigen Augenblicke die öffentliche Meinung anflammt, um wenigstens einen Halt in dem wirren Durcheinander zu finden, ist die Thatsache, daß die in Joch gepflanzten Unterredungen nicht zum Bruche geführt, vielmehr insofern eine Ueberleitung zu einer möglichen Verständigung geschaffen haben, als die Verhandlungen am nächsten Mittwoch in Pest fortgesetzt werden sollen. Wie verlautet, wird Kaiser Franz Joseph sich persönlich nach Pest begeben, um die Unterhandlungen unmittelbar leiten zu können. Es erscheint nicht zweifelhaft, daß in Joch die vom Baron Vansy vertretenen Anschauungen trotz des Widerstrebens des Grafen Thun zum Siege gelangt sind und daß auf dem dort gewonnenen Ergebnis weiter gebaut werden soll. Vansy scheint namentlich durchgesetzt zu haben, daß der österreichische Reichsrath im September wieder einberufen wird, der vor einigen Wochen mit der Begründung geschlossen wurde, daß die Regierung hierdurch größere Freiheit der Aktion erlange. Der ungarische Ministerpräsident befindet sich allerdings in einer gewissen Zwangslage. Nach dem Ende vorigen Jahres angenommenen Gesetz war die ungarische Regierung verpflichtet, bis zum 1. Mai d. J. die neuen Ausgleichsvorlagen im Reichstage einzubringen; vorausgesetzt wurde, daß in Oesterreich ein Gleiches geschehen würde. Sollte bis zum 31. Septbr. 1898 kein Ausgleich auf parlamentarischem Wege erzielt werden, so hat die ungarische Regierung dem Reichstage Vorlagen über die Einrichtung eines selbständigen Zoll- und Handelsgebietes zu machen. Dilem Gedanken widerstrebt die ungarische Regierung und sucht deshalb nach einem Auskunftsmitel, um den ungarischen Reichstag zu einer weiteren Verlängerung des Provisoriums zu bewegen. Um der Bedingung des angeführten ungarischen Gesetzes vom Dezember 1897 zu genügen, daß auch in Oesterreich das Parlament mit den Ausgleichsvorlagen befaßt werde, muß der österreichische Reichsrath im Herbst noch einmal einberufen werden. Geschieht dies und werden ihm die Ausgleichsvorlagen wieder vorgelegt, so wird auch das ungarische Parlament seine Arbeit auf diesem Gebiet wieder aufnehmen und, wie man annimmt, sich von der Regierung unschwer davon überzeugen lassen, daß zwar den formalen Bedingungen des Dezembergesetzes Genüge geschehen, daß aber eine Erledigung der schwierigen Fragen bis zum Ablauf dieses Jahres nicht möglich sei. Der ungarische Reichstag wird also vermuthlich einem neuen Provisorium, wenn auch nach scharfen Kämpfen, seine Zustimmung geben — und das ist das Hauptziel der ungarischen Regierung, da sie hofft, daß mit der Zeit sich trotz aller Schwierigkeiten ein Ausweg werden finden lassen. Für den Grafen Thun bedeutet der ganze Vorgang allerdings insofern eine Niederlage, als die Schließung des Reichsrathes sich als gänzlich zwecklose Maßregel erweist, die jetzt rückgängig gemacht werden muß. Für Oesterreich aber haben diese Dinge die Bedeutung, daß sie wiederum zeigen, wie der Schwerpunkt der Doppelmonarchie immer mehr nach Pest verlagert wird.

— Griechenland. Athen, 17. August. Der Kriegsminister ordnete eine Untersuchung gegen die Generalstabsoffiziere des Kronprinzen im letzten Kriege an, weil diese bei der Räumung von Larissa sämtliche militärische Karten dort zurückließen, welcher sich die Türken bei den späteren Schlachten bedienten.

— Athen, 16. August. Der frühere Ministerpräsident Kalli erklärte einem Redakteur des Blattes „Asty“ gegenüber, als er kürzlich vom Sultan empfangen wurde, habe dieser den lebhaften Wunsch nach einer Annäherung zwischen Griechenland und der Türkei ausgedrückt und dabei als Beispiel das Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich nach 1866 erwähnt. Kalli fügte hinzu, er würde einem griechisch-türkischen Bündnisse begeistert zustimmen und werde für dasselbe wirken, selbst wenn man ihn deshalb für einen Verräther erkläre. Er hoffe, ein solches Bündniß werde zu einer schnellen Lösung aller zwischen der Türkei und Griechenland schwebenden Fragen, auch der fretenischen, führen können.

— Spanien und Amerika. Das „Journal de St. Pétersbourg“ meint in einer Besprechung der Aufgaben der gemischten Kommission zur Einführung eines neuen Regimes auf den Philippinen, die Regelung der Frage biete große Schwierigkeiten. Das Ansehen der weißen Bevölkerung sei infolge des letzten Krieges fast vollständig vernichtet. In der Gesellschaft, welche die spanische Herrschaft während ihrer 300jährigen Dauer im Archipel begründet, seien nicht genügend Elemente vorhanden, die Versuche, den Inseln Autonomie zu geben, als rathsam erscheinen ließen; es sei dem, ein solcher Versuch werde ganz allmählich unter der allgemeinen, wachsamem und strengen, dabei wohlwollenden europäischen Vormundschaft und Kontrolle gemacht. Jedes andere Regime werde zur Barbarei zurückführen. Es sei

andung

berg

ten.

tsleitung

a t.

atfest

Abends
ertraut.
nger und
Ergebnis

hsner.

rein.

7,9 Uhr:
ndfänke.
Delbigs
ngünstiger
ung statt-

ereine.

hr Sing-
us“.

gust

ngbare
— Sopha-
— Lam-
— Schlaf-
ers billig!

m,

erstr. 2.

ns und

lungen

ne-Fabrik
brivate zu
nditionen.
erthe Wdr.
den unter

er

leicht und
ocken und
dem Wetter

chörer.

nd.

Regnum.
23. Grad.
17,5

3156

ll. III

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—